

GPV

Gemeindepsychiatrischer Verbund Ravensburg

Jahresbericht 2022

Titelthema

Wohnraum

- Projekt Ukraine im SpDi
- Cannabis legalisieren??
- BTHG - Keine leichte Aufgabe
- Neuigkeiten aus dem GPV

Sehr geehrte Leser*innen,

erneut liegt ein ereignisreiches und krisengebeuteltes Jahr hinter uns. Immerhin war das Ende der Pandemie zu Beginn des neuen Jahres ein erster Lichtblick. Wir können ein wenig aufatmen, uns wieder anderen Themen zuwenden.

Das ist auch dringend notwendig, denn wir müssen uns weiteren Herausforderungen widmen – die teilweise schon länger bekannt sind, die sich durch die Krisen der vergangenen Jahre jedoch weiter verschärft haben. Das Thema Wohnraumangel zum Beispiel. Immer mehr Zielgruppen konkurrieren insbesondere um bezahlbaren Wohnraum. Wir haben diesem Thema deshalb in der Ausgabe des GPV-Jahresberichts 2022 nochmals Raum gegeben. Für die meisten von uns ist es schwer vorstellbar, wie es sich anfühlt, wenn eines unserer grundlegendsten Bedürfnisse nicht gesichert ist. In einem Interview schildert eine Klient:in eindrücklich ihre Erfahrungen. Das Bewusstsein, dass Wohnraum Mangelware ist, ist da und sorgt bei den betroffenen Personen für Ängste, Unsicherheit, Hilflosigkeit. Umso wichtiger ist es, dass hier Lösungen gefunden werden.

Wir haben in der Pandemie gelernt, dass wir flexibel und spontan Lösungen auf den Weg bringen können. Dies sollten wir auch in Zukunft als wichtige Kompetenz begreifen und für eben solche Herausforderungen nutzen.

Sie finden in diesem Heft weiterhin die bewährten Berichte der GPV-Mitglieder. In 2022 beschäftigten uns nach wie vor die Pandemie und natürlich auch das BTHG. Es sind neue Projekte entstanden, unter anderem ein aufsuchendes Unterstützungsangebot für Geflüchtete aus der Ukraine, es wurde viel gebaut, es war aber auch endlich wieder möglich, Feste mit Klient:innen zu feiern.

Ich wünsche Ihnen interessante Einblicke und alles Gute!

Melanie Gottlob

ZfP Südwürttemberg
Stabsstelle BTHG -
Regionaler Geschäftsbereich
Arbeit und Wohnen
Ravensburg-Bodensee



Inhalt

- 02 |** *Grußwort von Reinhard Friedel*
- 04 |** **Das Ukraine-Projekt!** *Psychosozialer Krisen- und Lotsendienst für ukrainische Flüchtlinge*
- 07 |** **BTHG** *Ein Jahr der Verhandlungen neuer Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen*
- 08 |** **Die Welt wäre zerbrochen** *Drohender Wohnungsverlust ist ein Horrorszenario*
- 10 |** **Housing First** *Bedingungsloser Wohnraum für Menschen mit psychischer Behinderung*
- 12 |** **Daseinsvorsorge Wohnen** *Der Kommune fehlt nicht der Wille, aber vielleicht das notwendige Geld*
- 14 |** **Legalize** *Die aktuelle Bundesregierung will eine Legalisierung von Cannabis durchsetzen*
- 16 |** **ZFP** *Arbeit und Rehabilitation. Herausforderungen, Lösungen und Höhepunkt*
- 17 |** **DORNAHOF** *Das Projekt „Help for Family“ bietet Hilfen für Familien in Wohnunsnot*
- 18 |** **Arkade** *Betreutes Wohnen in Familien ist ein geschichtsträchtiges Betreuungs- und Versorgungsangebot.*
- 19 |** **IPERA** *Mit Energie in die Zukunft. Der Verein wurde schwer von der Corona-Pandemie getroffen.*
- 20 |** **BruderhausDiakonie** *Man hatte alle Hände voll zu tun mit Bauvorhaben und Umzug der WfbM*
- 21 |** **Anode** *Eine Bilanz des Vorsitzenden des Bewohnerbeirats der besonderen Wohnform*
- 22 |** **Angehörigengruppe** *Gut, dass es im Landkreis Gruppenabende gibt mit persönlichem Austausch*
- 23 |** **IBB** *Wieder mehr zu tun. Auszüge aus dem Jahresbericht IBB-Stelle/Patientenfürsprechende*
- 24 |** **Arkade-Pauline 13** *Die Unterstützte Beschäftigung hilft mit Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben*
- 25 |** **Stephanuswerk Isny** *Feste, schöne Aktivitäten, baulichen Veränderungen und Arbeit mit BTHG*
- 26 |** **Dialog Forum** *Durch thematische Impulse und Einführung von „Offenen Abenden“*
- 25 |** **EUTB** *Geschafft. Aus der Projektfinanzierung wurde eine Regelfinanzierung in Trägerschaft der Arkade*

Liebe Leser*innen,

ich freue mich, dass Sie den 19. Jahresbericht des gemeindepsychiatrischen Verbundes 2022 in den Händen halten und ich Ihnen einige Worte des Grußes übermitteln darf.

Zunächst möchte ich auf das in vielerlei Hinsicht ereignisreiche Jahr 2022 zurückblicken, um dann einen Ausblick in das Jahr 2023 zu wagen.

Ich möchte mich für das zurückliegende Jahr 2022 bei allen Beteiligten für Ihr Engagement bedanken: für Ihre wertvolle Arbeit und Ihr Engagement im facettenreichen Einsatz in der direkten Betreuung der Klient*innen oder auf Peer-Ebene, im Krisenmanagement und darüber hinaus.

Die Verarbeitung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen stellte zweifellos weiterhin eine enorme Herausforderung für uns alle dar. Die Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Menschen waren spürbar und erforderten besondere Aufmerksamkeit. Gemeinsam haben sich alle Akteure bemüht, Unterstützung und Hilfe anzubieten, um die Auswirkungen der Pandemie auf die seelische Verfassung unserer Bürger*innen abzumildern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des vergangenen Jahres war die Normalisierung. Nach einer Zeit der Unsicherheit und Einschränkungen kehrten wir allmählich zu einem gewissen Maß an Normalität zurück. Dies eröffnete uns die Möglichkeit, uns weiterhin und verstärkt auf die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zu konzentrieren. Der Prozess der Umsetzung der neuen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen war komplex, aber gemeinsam haben wir Fortschritte erzielt und die Weichen für eine nachhaltige Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen gestellt.

Es konnten erste Leistungsvereinbarungen erfolgreich auf den Weg gebracht werden, wichtige Meilensteine wurden erreicht und Pilotabschlüsse im Landkreis Ravensburg konnten finalisiert werden. Ich möchte allen Beteiligten für ihre engagierte Arbeit und ihre konstruktiven Beiträge danken. Durch diesen Prozess konnten wir eine solide Grundlage schaffen, um die gemeindepsychiatrische Versorgung auch zukünftig aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.



Dezernent für Arbeit und Soziales Reinhard Friedel

Neben den internen Entwicklungen gab es jedoch auch externe Herausforderungen, auf die ich kurz eingehen möchte. Die Ukraine-Krise und die damit verbundenen geopolitischen Spannungen sowie die Energiekrise haben Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und erforderten ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Flexibilität. Viele Bürger*innen erfahren zusätzliche psychische Belastungen, weiterhin sind die medizinischen und psychosozialen Dienste herausgefordert.

Für das Jahr 2023 möchte ich einen Rückblick und eine Rückbesinnung anregen. Es ist wichtig, die Erfolge und Herausforderungen der vergangenen Jahre zu reflektieren und daraus zu lernen. Gleichzeitig sollten wir uns vergewissern, dass wir weiterhin auf dem richtigen Weg sind und unsere Ziele im Blick behalten.

Die fruchtbare Kooperation, die wir bisher aufgebaut haben, wird auch im kommenden Jahr fortgeführt werden. Durch einen engen Austausch und eine konstruktive Zusammenarbeit können wir gemeinsam die gemeindepsychiatrische Versorgung weiterentwickeln und den Bedürfnissen der Bürger*innen im Landkreis gerecht werden.

Die Arbeit im gemeindepsychiatrischen Verbund ist von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft, und ich bin zuversichtlich, dass wir auch im Jahr 2023 positive Entwicklungen erreichen können.

Ihr Reinhard Friedel

Dezernent für Arbeit und Soziales Landkreis Ravensburg

Das UKRAINE-PROJEKT

Aufsuchender psychosozialer Krisen- und Lotsendienst für ukrainische Flüchtlinge mit psychischer Behinderung

Für die meisten Menschen völlig überraschend begann Russland am 24. Februar 2022 eine großangelegte Militärinvasion in die Ukraine. Dieser Angriffskrieg, der in Russland nur verharmlosend „militärische Spezialoperation“ genannt wird, hatte immense Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung in der Ukraine. Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte wurden 2022 mindestens 6.884 Zivilpersonen getötet und mindestens 10.947 verletzt. Die tatsächlichen Zahlen dürften jedoch deutlich höher sein. Infolge des russischen Überfalls verließen fast 8 Millionen Ukrainer*innen 2022 das Land, vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen. Es handelte sich um die größte Flüchtlingsbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.



Gefördert durch die

AKTION
MENSCH

Bis Ende 2022 halten sich dem Ausländerzentralregister (AZR) zufolge hierzulande über 1 Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine auf. Die Zahl umfasst vollständig wie auch vorläufig registrierte Personen.

Mehr als 140.000 Geflüchtete aus der Ukraine sind nach Baden-Württemberg gekommen; über 3.000 davon in den Landkreis Ravensburg. Der Großteil von Ihnen konnte aufgrund der großen Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung in Privatwohnungen unterkommen und nur ein relativ kleiner Teil musste in Behelfs- und Notunterkünften auf die verschiedenen Städte und Gemeinden des Kreises verteilt werden.

Mit der Versorgung von Wohnraum war ein erster Schritt getan, aber: Menschen aus Kriegsgebieten zeigen häufig psychische Reaktionen wie Ohnmachts- und Kontrollverlustgefühle, Ängste, körperliche Anspannung und Schlafstörungen bis hin zu emotionaler Taubheit.

Die Aktion Mensch handelte schnell und hat aus diesem Grund eine „Sonderförderung – Ukrainekrieg: Hilfe für geflüchtete Menschen“ aufgelegt, auf die sich die Arkade e.V. beworben hat und Ende Mai 2022 den Zuschlag erhielt für einen „Aufsuchenden psychosozialen Krisen- und Lotsendienst für ukrainische Flüchtlinge mit psychischer Beeinträchtigung“.

Zielsetzung des Projekts

Ein an die besonderen Herausforderungen angepasstes Krisen- und Lotsenteam soll den Menschen, die aus der Ukraine flüchten mussten und psychiatrische Versorgung benötigen, einen Zugang zum Hilfesystem niederschwellig und direkt ermöglichen. Hierzu werden die Hilfe suchenden Menschen in den Flüchtlingsunterkünften bzw. privatem Wohnraum vor Ort aufgesucht. Die Herausforderung besteht darin, dass zwar ein hochdifferenziertes Regelversorgungssystem in Deutschland existiert, dieses aber selbst von deutschen Bürgern häufig nicht wahrgenommen wird, weil die Strukturen und Hilfsangebote schwer zu durchschauen sind. Das Innovative des Projekts besteht darin, die Hinführung zum Regelversorgungssystem zu gewährleisten, indem Stigmata abgebaut werden und den ukrainischen Flüchtlingen passgenaue Begleitung angeboten wird. Diese Hinführung zum Hilfesystem wird von keinem Kostenträger in der bestehenden Struktur als Aufwand anerkannt.

Zielgruppe

Das Angebot richtet sich an geflüchtete Menschen aus der Ukraine, die entweder in ihrer Heimat von einer psychischen Erkrankung betroffen waren und aufgrund der Flucht eine benötigte medizinische Behandlung nicht fortführen konnten, oder die aufgrund schwerster traumatischer Erlebnisse im Kriegsland bzw. auf der Flucht von einer nachhaltigen Behinderung im Sinne des SGB IX bedroht sind.



Foto: Yevhen Sukhenkodes / Pexels

Welche bestehenden Erfahrungen, Kompetenzen und Strukturen werden für das Projekt genutzt?

Das psychiatrische und psychosoziale Versorgungsnetzwerk ist in Oberschwaben sehr differenziert und spezialisiert; so gibt es bspw. verschiedene Psychiatrische Institutsambulanzen (PIA), Regionalambulanzen, Stationsäquivalente Behandlung (StäB), Sozialpsychiatrische Dienste (SpDi), etc. Aber: Es gibt keine Lotsen, die durch dieses System führen und es gibt keine aufsuchende Hilfestellung. Durch ein multiprofessionelles Team bestehend aus Sozialarbeiter*innen, Fachkrankenschwester*innen der Sozialpsychiatrie, einer ukrainisch sprechenden Psychologin, Dolmetschern und ehrenamtlichen Helfern sollen die bedürftigen Menschen an das Hilfesystem herangeführt werden.

Grundsätzlich ist die Psychiatrie auch bei uns in Mitteleuropa immer noch mit Vorurteilen behaftet. Mehrere Studien be-

legen, dass eine frühe Hinführung zu Behandlung chronische Langzeitverläufe verhindern kann. Die Behandlung wird jedoch häufig aus Stigmatisierungsgründen abgelehnt oder zeitlich verzögert in Anspruch genommen. Diese Effekte zeigen sich in Osteuropa und der Ukraine noch deutlich ausgeprägter.

Dieses Projekt möchte darauf hinwirken, diese Vorbehalte abzubauen und den ukrainischen Flüchtlingen einen Weg zu sozialpsychiatrischer Unterstützung ebnen. Die von einer psychischen Erkrankung betroffenen Flüchtlinge finden aus den genannten Gründen den Weg zu angemessener sozialpsychiatrischer Begleitung nicht von selbst, hier setzt das Projekt als Schnittstelle und Brückenbauer an und geht aktiv auf die Geflüchteten zu.

Anfangsphase

Start des Projekts war aufgrund der Urlaubszeit und bürokratischer Hürden bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen ukrainischer Fachkräfte letztendlich Anfang September 2022. Mit der Platzierung des Angebots auf der Homepage der Arkade in ukrainischer und deutscher Sprache sowie dem Verteilen des Angebotes auf Flyern in den Behelfsunterkünften und der Vorstellung der Projektverantwortlichen bei den Kooperationspartnern der Flüchtlingshilfe im Landkreis Ravensburg sowie bei den verschiedenen Migrations-Sozialdienst-Treffen war ein erster Schritt getan. Hinzu kam die gute Vernetzung der ukrainischen Flüchtlinge untereinander, so dass das Angebot über „Mund-zu-Mund-Propaganda“ auch viele Menschen erreichte, die in Privatwohnungen untergekommen waren.

Was wurde erreicht?

Das Projekt wird von der angesprochenen Klientel gut angenommen und genutzt. Gemeinsam mit der ukrainischen Psychologin führt die Fachkollegin aus dem SpDi regelmäßig Hausbesuche in den Flüchtlingsunterkünften durch, bei Bedarf auch mit Ukrainisch sprechenden Dolmetschern, die für das Projekt gewonnen werden konnten. Mittlerweile gibt es auch das Angebot regelmäßiger Sprechstunden in den Räumlichkeiten der Arkade, das von den geflüchteten Menschen sehr gut genutzt wird.

Die Einbindung der Mitarbeiterin des SpDi und die räumliche Nähe zur im Haus befindlichen Psychiatrischen Institutsambulanz (PIA) stellten sich dabei als sehr hilfreich heraus. So konnten bereits verschiedene Klienten ins psychiatrische Versorgungssystem überführt und an weiterführende Maßnahmen vermittelt werden (z.B. Anbindung an einen Facharzt oder die Kinder- und Jugendpsychiatrie im ZfP Südwürttemberg).

Ausblick

Alle beteiligten Akteure sind von der Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit des Projekts überzeugt. Alle geknüpften Netzwerke und Kooperationen sollen vertieft und weiter ausgebaut werden. Insbesondere die Einbindung der ukrainisch sprechenden Psychologin ins Projekt hat sich als sehr bereichernd erwiesen und den Zugang zur ukrainischen Klientel stark vereinfacht.

Leider ist die Finanzierung des Projekts auf ein Jahr bis zum 31.08.23 befristet. Eine Überführung des Angebots in das Regelversorgungssystem wäre absolut wünschenswert.



Psychologin Viktorija Katrenko



Keine leichte Aufgabe

Im Hinblick auf das Bundesteilhabegesetz stand das Jahr 2022 im Zeichen der Verhandlungen neuer Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen. *Von Andreas Hollacher und Melanie Gottlob*

Die Übergangsvereinbarung sah vor, dass alle Leistungserbringer bis zum 31.12.2022 zu Verhandlungen aufgefordert haben müssen. Entsprechend lag der Fokus auf der Entwicklung einer neuen Leistungs- und Vergütungssystematik gemäß Landesrahmenvertrag. Keine leichte Aufgabe.

Landesweit sowie regional wurden verschiedene Modelle entwickelt. Es fanden sich Arbeitsgruppen, die mögliche Systematiken diskutierten, spezialisiert auf bestimmte Behinderungsarten. Aber auch übergreifend konnten gemeinsam Abschlüsse erzielt werden, denen sich mehrere Leistungserbringer nach und nach anschlossen. So auch in Ravensburg.

Ergebnis einer Arbeitsgruppe, in der sich mehrere Leistungserbringer aus verschiedenen Bereichen einbrachten, ist ein Modell mit Zeitkorridoren für das ehemalige ambulant betreute Wohnen. Diesem Modell konnten sich immer mehr Leistungserbringer aus der Region anschließen.

Erprobung der Leistungskonferenz für komplexere Teilhabebedarfe

Weiterhin wurde im vergangenen Jahr die sogenannte Leistungskonferenz erprobt. Als Nachfolge-Modell der bisherigen Hilfeplankonferenzen sollte durch die Leistungskonferenz weiterhin ein Rahmen bestehen, um insbesondere für Menschen mit komplexerem Teilhabebedarf gemeinsam im Austausch individuelle und bedarfsdeckende Unterstützungsangebote zu schaffen. Dies ist eine positive Entwicklung vor dem Hintergrund, dass in einigen Landkreisen die Hilfeplankonferenz im Kontext des BTHG wieder abgeschafft wurde (Bundesarbeitsgemeinschaft GPV, 2020). Mit der Neugestaltung der Hilfeplankonferenz als Leistungskonferenz kann dieses wichtige Instrument des GPV weitergeführt werden.

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V. (BAG GPV), 2020: Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V. zur Durchführung und Weiterentwicklung von sog. Hilfeplankonferenzen. Online: https://www.bag-gpv.de/fileadmin/downloads/Empfehlungen_der_BAG_GPV_zur_HPK_2020__6_.pdf (bag-gpv.de) Abgerufen am 06.06.2023

Podiumsdiskussion

„Das Bundesteilhabegesetz - Gut gedacht, auch gut gemacht? Was kommt wirklich bei den Betroffenen an?“

Im Rahmen der Inklusionstage vom 5. bis 15. Mai 2022 fand an der RWU in Weingarten auch eine Podiumsdiskussion zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) statt im Sinne von „Zeit für eine Zwischenbilanz“.

Mit den Podiumsgästen wurde unter anderem diskutiert, wie die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fördert. Wo wird Inklusion sichtbar? Welche Schritte müssen weiter aufgebaut werden, damit das BTHG den Betroffenen (noch mehr) Nutzen stiftet? Was kann jeder Einzelne zur Inklusion und Teilhabe beitragen?

Die Veranstaltung der RWU bot Gelegenheit, aus verschiedenen Blickwinkeln in Austausch zu kommen. Bei der gut besuchten Podiumsdiskussion der RWU diskutierten Jörg Urba-



niak (Landratsamt Ravensburg), Egon Streicher (OWB), Jonas Buchhardt (Kommunaler Behindertenbeauftragter) und Klaus Peters (Blinden- und Sehbehindertenverband Württemberg e.V.). Die lebhafteste Debatte wurde moderiert von Prof. Dr. Axel Olaf Kern, Studiendekan Masterstudiengang Management im Sozial- und Gesundheitswesen. Zahlreiche Fragen aus dem Publikum beförderten den Austausch.

Abschlussbericht Inklusionstage 2022

Quelle: https://www.rv.de/site/LRA_RV_Responsive/node



Die Welt wäre zerbrochen

Drohender Wohnungsverlust ist ein Horrorszenario für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung. Konkret blickte Frau S. in diesen Abgrund – zum Glück mit Happy End. *Ein Interview von Lars Raible*

Wie kam es zu ihrem drohenden Wohnungsverlust und was hat das in Ihnen ausgelöst?

Ich konnte meinen Vermieter schon längere Zeit nicht mehr erreichen. Wegen einer Wohnungsanierung hätte ich Kontakt zu ihm gebraucht. Selbst meine rechtliche Betreuerin und die Hausverwaltung konnten ihn nicht erreichen. Das war sehr belastend für mich! Von Nachbarn erfuhr ich überraschend, dass meine Wohnung versteigert werden sollte. Ich habe dann auch gehört, dass mein Vermieter Forderungen nicht mehr bezahlen konnte, weil er anscheinend sehr verschuldet ist. Die Nachricht, dass meine Wohnung versteigert werden soll, zog mir erst einmal den Boden unter den Füßen weg. Ich befürchtete, dass ich bei der angespannten Wohnungssituation obdachlos werden könnte.

Ich höre auch immer wieder, dass bei der Arkade, die ja manchmal Klienten Wohnraum zur Verfügung stellt, Wohnungen sehr knapp sind. Ich wollte auf gar keinen Fall in eine Wohngemeinschaft, weil ja alle Mitbewohner ihr eigenes Päckchen durch die Erkrankungen zu tragen haben und auch ich selbst habe mich zu der Zeit anderen Menschen als nicht zumutbar empfunden!

Außerdem weiß ich auch, dass in Ravensburg/Weingarten kaum Wohnungen zu finden sind und wenn, dann sind die zu teuer für mich. Ich habe nur eine kleine Rente und bezahle Wohngeld.

Ich dachte sofort, da werde ich ja niemals was finden, selbst wenn meine rechtliche Betreuerin oder meine Begleiter von der Arkade mich unterstützen. Die können auch keinen erschwinglichen Wohnraum herzaubern. Meine Wohnung ist für mich extrem wichtig.

Die Nachricht von der Versteigerung erhielt ich, als ich nach der langen Zeit gerade wieder in meine Wohnung eingezogen war. In der ganzen Zeit davor ging es psychisch ohnehin schon sehr schlecht; ich litt unter schweren Depressionen. Wegen der Sanierung musste ich vorübergehend aus meiner Wohnung raus. Erst hieß es, in 2 Wochen kann ich wieder zurück. Schon das Ausräumen der Wohnung und das kommende Wieder-Einräumen stresste mich ungemein. Allerdings kam dann eine schlechte Nachricht nach der anderen und ich musste nach 3 Wochen Hotel noch etliche Monate in eine Er-

satz-Unterkunft der Arkade, eine WG.

Ich bin daran gewöhnt, für mich allein zu sorgen und benötige auch meinen Raum für mich, besonders wenn es mir schlecht geht und mich als für andere nicht zumutbar empfinde.

Einer meiner Begleiter der Arkade schaute für mich nach, ob tatsächlich eine Zwangsversteigerung ansteht. Er fand den Termin heraus, der bereits in 2 Wochen sein sollte. Zum Glück kam er auf die Idee, bei seinem Chef nachzufragen, ob die Arkade nicht vielleicht meine Wohnung ersteigern könnte. Als er mir sagte, dass die Arkade sich das vorstellen könnte, wenn der Preis stimme, kamen bei mir wieder Hoffnungen auf, dass



ich vielleicht doch in meiner Wohnung bleiben könnte. Aber meine Existenzängste blieben trotzdem. Ich wusste ja nicht, ob die Arkade das wirkliche machen wird und ob sie bei der Zwangsversteigerung überhaupt eine Chance hat. Ich war also sehr angespannt, aber auch froh, dass ich in der Wohnungsfrage Unterstützung bekomme.

Wie war es für Sie, als Sie dann gehört haben, dass die Arkade den Zuschlag für die Wohnung bekommen hat?

Das war für mich eine unwahrscheinliche Erleichterung und einfach nur große Freude! Aufgrund des Weiterwohnen-Könnens in meinem eigenen Zuhause hatte ich generell wieder Hoffnung für meine Zukunft und auch konkret, dass ich meine psychischen Probleme besser bewältigen könnte.

Wie wäre es für Sie gewesen, wenn die Ersteigerung Ihrer Wohnung durch die Arkade nicht geklappt hätte?

Gefühlt wäre meine Welt zusammengebrochen und wahrscheinlich hätten sich meine Depressionen wieder verschlimmert. Ich bin so dankbar für die Unterstützung aller, die mich begleiten, und dass die Arkade das alles für mich möglich gemacht hat!

Lars Raible, 51 Jahre.

Er ist seit 2005 als Sozialarbeiter tätig, arbeitete zunächst zwei Jahre in der JVA RV und engagierte sich seit 2007 in der Arkade im Bereich AWS. Er ist selbst Krisen- und Therapieerfahren.



Kommentar

Ich arbeite seit etwas über 16 Jahren in der ambulanten Sozialpsychiatrie und bekomme hautnah mit, wie sich die angespannte Wohnungssituation in der Region auf unsere Klient*innen auswirkt. Neben den Beschwerden, die psychiatrische Diagnosen im Leben mit sich bringen, kommt noch die zumeist prekäre finanzielle Situation der Menschen als zusätzliche Belastung hinzu. Auch schon, wenn mein Arbeitgeber Wohnungen für „unsere“ Menschen bereitstellt, sind die Wohnplätze immer rar. Zudem gibt es so gut wie keinen Einzelwohnraum und WG-Situationen machen den Menschen immer wieder zu schaffen und führen bei Konflikten zu zusätzlichen Lebensbelastungen. Selbst für die Arkade oder andere Anbieter ist es schwer, Wohnraum zu finden und anzumieten, obwohl das für Eigentümer eine exklusive Möglichkeit ist, gerade bei WG-Wohnraum, garantierte Mieteinnahmen zu generieren, selbst wenn ein Zimmer vorübergehend nicht belegt ist und einige Aufgaben eines Eigentümers an die Arkade übergehen (Mieterwechsel und Schönheitsreparaturen). Hingegen finden Klient*innen nur extrem schwer Wohnraum, entweder weil sie Schufaeinträge haben, vom Amt leben und ihren Mietvertrag zur Genehmigung beim Jobcenter vorlegen müssen, weil sie teilweise durch ihre äußerliche Erscheinung auffallen oder ihnen ihre Erkrankung – z. B. Nebenwirkungen von Medikamenten – anzusehen ist. Sicherer und bezahlbarer Wohnraum fördert auch die psychische Gesundheitsverfassung.



Beispiels-Foto: Alex Green



Housing First

Bedingungsloser Wohnraum für Menschen mit psychischer Erkrankung. *Von Raoul Borbé*

Leistungen wie aus einer Hand, wie sie das Bundesteilhabegesetz ermöglichen sollen, sind Ausdruck der Personenzentrierung, die individuelle Lösungen erfordert und durch die Betonung des Wunsch- und Wahlrechts auch die Autonomie des Betroffenen stärkt. Das gilt auch für den Bereich des Wohnens, trotz aller, anderweitig schon dargestellter politischer und finanzieller Probleme, die eine Realisierung des Vorhergesagten derzeit nahezu utopisch erscheinen lassen. Gerade ein sicherer und ein Heimatgefühl auslösender Wohnraum gehören neben einer regelmäßigen Beschäftigung und sozialen Kontakten zu den zentralen Faktoren, die Menschen mit psychischer Erkrankung kurz- und langfristig stabilisieren können.

Für die langfristige Versorgung mit Wohnraum haben sich in Deutschland unterschiedliche Ansätze von unterstützten Wohnformen etabliert, mal sehr lose fachlich betreut, mal sehr intensiv, teils in Familien, teils einzelbetreut, in WGs oder in großen Wohnheimen.

Die kurzfristige Versorgung

Die kurzfristige Versorgung (und das meint einen Zeitraum von bis zu einigen Wochen), kann nur an wenigen Orten so realisiert werden, dass das nicht nur eine Übergangslösung in einer Krise ist, sondern durch Vermittlung eines sicheren und langfristigen Wohnraums auch durchaus therapeutisch wirksam zur Genesung beitragen kann. Abgesehen von der Tatsache, dass Wohnraum derart flexibel zurzeit nicht zur Verfügung steht, gibt es in Deutschland auch erhebliche Vorbehalte gegenüber Vorleistungen dieser Art in unseren sozi-



Foto: Why Housing First?
National Alliance to End Homelessness

alen Unterstützungssystemen, vor allem auch aufseiten der Leistungsträger. Die Betroffenen müssen sich das quasi erst durch Genesung erarbeiten, vor allem noch im Krankenhausbereich, um dann langsam an eine Wohnform herangeführt zu werden.

Dabei gibt es durchaus Konstellationen auch in akuten Krankheitsphasen, in denen der Umweltfaktor Wohnen, nach dem Modell der ICF, ein ganz entscheidender Faktor bei der Auslösung und Unterhaltung einer akuten Krise ist. Hier schnell Wohnraum zur Verfügung zu stellen (zunächst einmal unbefristet und nicht als Krisenwohnung) kann stationäre Aufenthalte verkürzen und Genesung beschleunigen, bspw. weil der Betroffene aus einem aus welchen Gründen auch immer schwierigen, konflikthafte Wohnumfeld ausziehen kann. Das betrifft gerade auch jüngere Menschen, bei denen auch ein Ablösungskonflikt vom Elternhaus besteht.

Bedingungsloser Wohnraum

Die Symptomatik der Erkrankung muss dabei auch noch nicht vollständig abgeklungen sein, der Wohnraum wird „bedingungslos“ zur Verfügung gestellt, die Akut- oder stabilisierende Behandlung kann auch dort erfolgen, insbesondere nach Etablierung der Stationsäquivalenten Therapie (StäB) in der psychiatrischen Akutversorgung. Ansonsten ziehen sich stationäre Aufenthalte häufig in die Länge und sind partiell frustrierend, weil ein Wohnraum, der dem Betroffenen eine neue Perspektive eröffnet, nicht gefunden werden kann. Die Verlängerung des Krankenhausaufenthaltes durch eine prolongierte Symptomatik ist nicht selten ein primärer Krankheitsgewinn, da hierdurch die Rückkehr in eine konflikthafte Wohnsituation vermieden werden kann.

Das sind letztlich keine neuen Gedanken. Das Prinzip des „Housing First“, der bedingungslos zur Verfügung-Stellung von Wohnraum, mit begleitender sozialarbeiterischer Unterstützung, wird schon seit den 1980-er Jahren vor allem im anglo-amerikanischen Raum gedacht und entspricht einer systemischen Sichtweise auf das Krankheitsgeschehen, die die Bedeutung einer Symptomfreiheit gegenüber Umwelt- und Kontextfaktoren reduziert. Die ersten Initiativen, die dieses Prinzip in die Realität umsetzten, gab es in den Vereinigten Staaten und Kanada. Im Fokus waren zunächst Wohnungslose. Die Zahlen sprechen für sich: zwischen 70 bis 90 %, abhängig von der jeweiligen Studie, vorher Wohnungsloser konnten durch die Intervention eine stabile Wohnsituation aufbauen. Auch in anderen Lebensbereichen gelang dadurch eine Verbesserung der Teilhabe, insbesondere was die Arbeitstätigkeit angeht.

Sicherer Wohnraum entscheidend

Es liegt nahe, dies auch in der psychiatrischen Versorgung umzusetzen, die Gründe wurden teilweise schon aufgeführt. Ganz entscheidend ist aber der Umstand, dass bei wohnungslosen Personen der Anteil derer mit psychischer Störung per se schon bei bis zu 80 % liegt. Ob die Wohnungslosigkeit zur psychischen Störung geführt hat, oder umgekehrt dadurch eine solche ausgelöst wurde, ist hier nur am Rande von Bedeutung. Entscheidend ist für beide Verläufe ein sicherer Wohnraum, der nicht selten eine nachhaltige Behandlung erst ermöglicht. Dementsprechend gibt es schon eine Reihe von Studien, die derartige Projekte ausgewertet haben, mittlerweile auch in Europa. Die Ergebnisse sind ermutigend und sprechen dafür, derartige Möglichkeiten in jeder Versorgungsregion zu etablieren.

Zur vertiefenden Lektüre zu empfehlen:

DaBler H (Hrsg.) Wohnungslos und psychisch erkrankt. Psychiatrie Verlag, Köln 2023

Daseinsvorsorge Wohnen

Zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört die Bereitstellung von Sozialwohnungen. Der Kommune fehlt nicht der Wille, aber vielleicht das notwendige Geld. Eine herausfordernde Situation. *Von Heinz Jürgen Höninger*



Wohnraum für alle, rief fordernd die Headline des Artikels von Raoul Borbé im GPV Jahresbericht 2021. Er konstatierte zunehmend schlechtere Bedingungen in der gemeindespsychiatrischen Versorgung, Menschen mit psychischer Beeinträchtigung mit Wohnraumangeboten oder der Suche nach eigenen Wohnungen zu unterstützen. Sein Fazit: „Wenn die Verknappung eintritt, fallen die Schwächsten durch die Maschen“.[1] Was nütze ein Wohnberechtigungsschein, wenn es z.B. nicht genügend Sozialwohnungen gebe? „Es wäre zu wünschen, wenn auch hier in der Region die Träger der Daseinsvorsorge, also Kreise, Städte und Gemeinden, der Wohnungsnot, besonders bezahlbaren und inklusiven Wohnraum betreffend, mit einer konzertierten Aktion begegnen würden.“

Der Kreistag sieht das Problem

Tatsächlich sind im Frühjahr 2023 alle Fraktionen im Kreistag der Meinung, „dass der Landkreis grundsätzlich etwas gegen Wohnraummangel tun muss.“[2] Die Wohnungssituation sei stark defizitär, man habe noch nie nennenswerte Wohnbestände gehabt. Das würde sich nun rächen. Deshalb engagierten sich laut Zeitungsbericht SPD und Freie Wähler für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die „im Auftrag des Landkreises preisgünstigen Wohnraum bauen und bestehende Immobilien aufkaufen, sanieren und billig vermieten“ soll.[3]

Die FDP hält dagegen mit dem Hinweis, dass es die Kommune viel Geld kosten würde, dass man so nicht habe.

Der Mietpreis in Ravensburg läge bei 13 Euro[4] im Schnitt, die Baukosten würden aber einen Mietpreis von 22 Euro verlangen müssen. „Wenn der Kreis aktuell bauen und gleichzeitig billig vermieten will, entsteht laut FDP ein Defizit, das man teuer ausgleichen müsste.“[5]

So kommt, wie es in der Politik so ist: erst einmal einen Arbeitskreis bilden, der herausfinden soll, ob eine Baugesellschaft das Mittel der Wahl gegen Wohnraummangel sei. Ein Vertreter des Landratsamts gibt sich beim informellen Kaffee Anfang Juni 2023 skeptisch hinsichtlich der Erfolgchancen.

Massive Belastungen kommen auf die Kommunen zu

Warum? Er verweist auf die Diskussion um den Nachtragshaushalt. Die SZ veröffentlichte dazu am 27. Mai 2023 einen Artikel mit diesem Schlüsselbegriff in der Überschrift „OSK-Defizit zwingt Kreis zum Nachtragshaushalt“[6] und eröffnet ihn mit dem Eingangssatz: „Was tun, wenn die Ausgaben steigen und die Einnahmen wegbrechen?“ Die Grunderwerbssteuer bricht um 10 Millionen ein, weil „Menschen weniger Grundstücke, Häuser und Wohnungen kaufen“ und die Kosten steigen: steigende Personalkosten durch den neuen Tarifvertrag und durch die Schaffung neuer Stellen im Bereich der Migration. Und tatsächlich: Im April 2023 berichtet die Tagesschau über den bisher „teuersten Tarifabschluss aller Zeiten“ im öffentlichen Dienst. Nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) werden auf die Kommunen massive finanzielle Belastungen zukommen, die zu weiteren Einschränkungen der Daseinsvorsorge führen würden.[7] Aber: „Den größten Brocken braucht allerdings die Oberschwabenklinik: Die Krankenhäuser brauchen für Investitionen 6,9 Millionen Euro. Die besorgt der Kreis über den Nachtragshaushalt als Kredit und leiht sie der OSK. Doch damit nicht genug: Im laufenden Betrieb wird die OSK laut Hochrechnung ein Minus von knapp 28 Millionen Euro „erwirtschaften“. Noch wird die Kreisumlage nicht erhöht, die Haushaltssperren und Nachtragshaushalte in den Kommunen zur Folge haben würden. Aber, im Herbst müsse man sich die Frage stellen, wie man damit umgeht und was sich der Kreis wann leisten kann“.

Die Randbedingungen für eine von Borbé geforderte konzertierte Aktion sind jedenfalls nicht die besten. Es bleibt trotzdem zu hoffen, dass er mit seiner Forderung nicht ein

einsamer Rufer in der kommunalen Wüste werden wird. Aber er hat die Argumente für eine Forderung nach bezahlbarem Wohnraum auf seiner Seite.

Die Bevölkerung wächst, gebaut wird weniger

Tatsächlich ist die kommunale Daseinsvorsorge verfassungsrechtlich im Sozialstaatsprinzip nach Art. 20 Abs. 1 GG verankert. Und dazu gehört z.B. die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. [8] Die Regierungs-Ampel wollte dazu im Koalitionsvertrag auf Seite 88 das Signal auch auf Grün schalten. Dort heißt es: „Unser Ziel ist der Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen. Dafür werden wir die finanzielle Unterstützung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau (...) fortführen und die Mittel erhöhen.“ [9] Es entstand das „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“. Unter Leitung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bauministerin Klara Geywitz (SPD) einigte man sich auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket. Für den sozialen Wohnungsbau wurden bis 2026 14,5 Milliarden Euro an Bundesgeldern in Aussicht gestellt. Tatsächlich wurden im Jahr 2022 aus den versprochenen 400.000 Wohnungen nur 250.000 Wohnungen. Die Erklärung der Ministerin: die Kosten des Ukraine-Kriegs, die Zinsen und die Lieferkettenprobleme. Und einfacher wird es nicht. So meldete das Statistische Bundesamt Ende 2022 zwar ein Bevölkerungswachstum von 1,5 Millionen (durch Migration), aber zeitgleich knapp 16 Prozent weniger Baugenehmigungen. Im Frühjahr 2023 steigt der Wert auf mittlerweile 27 Prozent. [10] Und Internetportal Immoscout schreibt: In Berlin melden sich mittlerweile 139 Interessenten auf eine Wohnung, in München 63 und Köln 60.

Was will die Landesregierung?

Da aber die faktische Verantwortung beim sozialen Wohnungsbau Ländersache ist, blicken wir nach Baden-Württemberg. Hier erklärt der Ministerpräsident mittlerweile Wohnraum zur sozialen Frage der Zeit, [11] schließlich sei ein Dach über dem Kopf ein Grundbedürfnis. Macht er das, was der Kreistag in Ravensburg wahrscheinlich nicht stemmen kann: Gründet seine Regierung eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft? Nein! Es fehlt entweder schlichtweg das Geld oder der Wille. Man setzt stattdessen aufs Fördern: 6.000 Euro für jede Wohneinheit eines Bauherren, wenn mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen vorgesehen sind. 2022 wurden 2.167 Sozialwohnungen neu geschaffen, aber 1431 fielen gleichzeitig aus der Belegsbindung. Es stehen dem Ländle also netto 763 Sozialwohnungen mehr zur Verfügung als 2021, für die das Land geschätzt mehr als 56 Millionen Fördergelder ausgegeben hat. Ein Wachstum von 1,4 %. Kretschmann will für diese Förderung aber keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitstellen, sondern das müsse aus dem laufenden Etat

bezahlt werden. In den ersten vier Monaten 2023 aber nahm das Land 2.5 Milliarden Euro weniger an Steuern zum Vorjahrszeitraum ein. Das ist ein Rückgang von 8,4 Prozent. [12] Weniger Einnahmen, steigende Zinsen. Wenn Herr Kretschmann also auf die Bremse treten sollte, werden die Bremsspuren wahrscheinlich auch im Landkreis zu sehen sein.

Wenn Töpfe kleiner werden, geht es nicht nur um Verteilen und Empfangen, sondern auch um Abringen und Kämpfen. Für den GPV bedeutet das wahrscheinlich intensive Lobbyarbeit, damit solche Forderungen wie die von Raoul Borbé gehört werden und das entsprechend Taten folgen. Denn der Geist des BTHG will Betroffenen nicht draußen vor der Tür stehen lassen, sondern mehr Lebenschancen bieten: und dazu gehört ausreichend inklusiver Wohnraum.

Liest man in diesem Jahresbericht des GPV, so ist beeindruckend zu erkennen, welch konkretes Engagement unterwegs ist. Hier wird gebaut, gekauft, Lösungen geboten. Aber man weiß auch stets, man muss vorsichtig sein. So hat man - so ein Insider - im kritischen Blick, bei der Wohnungsbeschaffung für Betroffene bei der Kommune kein Subsidiaritätsbegehren zu erwecken – bei dem die Kommune erst dann eingreift, wenn die Leistungsanbieter dazu nicht mehr in der Lage sind. Das ist und darf nicht Ziel des Managements kommunaler Daseinsvorsorge für die Schwächsten der Gesellschaft sein.

[1] Raoul Borbé, Wohnraum für alle, GPV Jahresbericht 2021, S. 5

[2] Warum der Landkreis immer noch keine eigene Wohnungsbaugesellschaft hat“, Schwäbische Zeitung, 11.04.23., <https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/warum-der-landkreis-immer-noch-keine-eigene-wohnungsbaugesellschaft-hat-1524518>

[3] Ebenda

[4] Die durchschnittliche Bruttokaltmiete je Quadratmeter (EUR/m²) lag 2014 in Baden-Württemberg nach der Zusatzerhebung des Mikrozensus noch bei 6,94 Euro. Quelle: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7/2017

[5] Ebenda

[6] <https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/osk-defizit-zwingt-kreis-ravensburg-zum-nachtragshaushalt-1646115>

[7] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/tarifeinigung-oeffentlicher-dienst-reaktionen-101.html>

[8] Was sind „Pflichtaufgaben der Kommunen im Auftrag des Bundes“ im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge? <https://www.bundestag.de/resource/blob/416684/0e186f925ff3307cf56649c0ca0f37fd/wd-3-192-14-pdf-data.pdf>

[9] Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition aus SPD, Grüne und FDP für die Wahlperiode 2021–2025., S.88, <https://fragdenstaat.de/dokumente/142083-koalitionsvertrag-2021-2025/#page-88>

[10] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/baugenehmigungen-januar-eingebrochen-26-prozent-101.html>

[11] <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/sozialwohnungen-bw-104.html>

[12] https://fm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-fm/intern/Dateien_Downloads/Steuern/Steuereinnahmen_April_2023.pdf

Legalize

Noch nicht der Weisheit letzter Schluss

von Dr. Markus Leibfarth

Cannabis ist seit langem und bleibt die am häufigsten konsumierte, bislang noch illegale Droge. Die KonsumentInnenzahlen haben in den letzten Jahren nach einem leichten Rückgang auch ohne Legalisierung wieder zugenommen.

Die aktuelle Bundesregierung will eine Legalisierung durchsetzen und verspricht sich hiervon diverse positive Effekte, insbesondere eine Eingrenzung des kriminellen Schwarzmarktes und die Entkriminalisierung eines großen Teils der Bevölkerung hinsichtlich eines Konsumverhaltens, welches in den letzten Jahrzehnten von vielen, vornehmlich jüngeren Personen zunehmend als normaler Bestandteil der Freizeitkultur angesehen wird.

Die kontrollierte Abgabe an Erwachsene soll den Konsumentenschutz insbesondere hinsichtlich gesundheitlicher Risiken verbessern. Klar deklarierte Inhaltsstoffe in bekannter Dosierung ohne noch schädlichere Zusatzbeimengungen sowie die sehr wichtige Aufklärung bzgl. Risiken und Nebenwirkungen könnten so besser gewährleistet werden. Der Jugendschutz soll gestärkt werden. Als positiver Nebeneffekt würde Geld, was bisher den organisierten Drogenhandel bereicherte, die Staatskassen füllen und könnte zweckdienlich eingesetzt werden.

Den Argumenten für eine Legalisierung entgegen stehen mittlerweile gut bekannte und belegte Risiken des Konsums, insbesondere die Entwicklung einer Abhängigkeit, die Auslösung von Psychosen, sowie Defizite in der Reifung des Gehirns bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die

Folgeerscheinungen können u.a. Motivations- und Antriebsstörungen mit entsprechendem Leistungsversagen bei schulischen oder beruflichen Anforderungen sein. Die Anzahl der Personen, die sich aufgrund von Abhängigkeit von Cannabis in Beratung und Behandlung begeben, bleibt weiterhin auf einem hohen Niveau.

Bei der Bewertung von Einflußfaktoren auf die Umsetzung einer Legalisierung nicht zu vernachlässigen sind die Interessen einer Cannabisindustrie, die in den Startlöchern steht und sich Marktanteile sichern will. Einschlägige Erfahrungen mit Lobbyismus gegenüber der Alkohol- und Tabakindustrie in Deutschland ließen bislang befürchten, dass auch hier Gesundheitsaspekte hinter wirtschaftlichen Interessen zurück bleiben könnten. Der Umgang mit Alkohol kann durchaus als Gegenbeispiel für einen möglichst unschädlichen gesellschaftlichen Umgang mit einem Rauschmittel betrachtet werden. Defizite die hier bestehen sollten möglichst von vornherein bei einer Cannabislegalisierung ausgeräumt werden und beim Umgang mit Alkohol muss nachgebessert werden.

Nun könnte man sicher noch 30 weitere Jahre über die eventuellen Folgen einer Legalisierung diskutieren, die Erkenntnislage wird sich hierdurch nicht mehr wesentlich verbessern lassen. Mittlerweile gibt es viele Erfahrungen in anderen Ländern wie Kanada, Uruguay und verschiedenen Bundesstaaten der USA mit einer Legalisierung, wobei es bei sehr unterschiedlichen Ausgangslagen immer die Frage ist, wie gut diese Erfahrungen auf Deutschland übertragbar sind.

Bezüglich der Interpretation der Erfahrungen gibt es auch in wissenschaftlichen Fachkreisen immer noch große Differenzen. So wird von Befürwortern der Legalisierung angeführt, dass die Legalisierung z.B. in den USA nicht zu einer Zunahme des Konsums unter Jugendlichen geführt habe. Gegner halten dagegen u.a. mit einer Zunahme von Cannabisvergiftungsfällen und Suiziden unter Cannabiseinfluss bei Minderjährigen.

Die Legalisierung ist beschlossene Sache, das Wie bleibt aber in großen Teilen noch unklar. Von der Umsetzung wird aber letztendlich abhängen, welchen Erfolg die Legalisierung haben wird, oder mit welchen Folgen sich unsere Gesellschaft zukünftig herumschlagen muss.

Aufgrund des EU-Rechtes stößt die Legalisierung auf Hindernisse und es wird versucht, diese durch die Einführung sogenannter Cannabis-Social-Clubs zu umgehen, deren Mitglieder berechtigt sein sollen, eine gewisse monatliche Konsummenge zu erwerben und zu besitzen. Ob diese Version dazu geeignet sein wird, die Abgabe zu kontrollieren, den Jugendschutz zu verbessern und die erforderliche wissenschaftliche Begleitung eines Legalisierungsexperiments zu ermöglichen, wage ich anhand des aktuellen Kenntnisstand nicht zu prognostizieren.

Die psychiatrische Fachgesellschaft DGPPN hat vor über einem Jahr bereits ein Positionspapier veröffentlicht, in dem wesentliche Eckpunkte in einer Legalisierung gefordert werden, dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen:

- *Prävention: Sowohl spezifische verhaltens- als auch verhältnispräventive Maßnahmen müssen zum Tragen kommen.*
- *Jugendschutz: Um einen schädlichen Einfluss auf die Hirnreifung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu vermindern, soll die Altersgrenze des Zugangs nicht unter 21 Jahren liegen.*
- *Beratung und Behandlung: Der Ausbau niedrigschwelliger, kultursensibler und flächen-deckender Beratungs- und Behandlungsangebote muss vorangetrieben werden.*
- *Begleitforschung: Die Auswirkungen und Marktentwicklungen der kontrollierten Cannabisfreigabe müssen intensiv beforscht werden.*
- *Finanzierung: Es ist sicherzustellen, dass die Einnahmen aus dem Cannabisverkauf vollständig zur Förderung von Prävention und Jugendschutz sowie zur Suchtversorgung und -forschung verwendet werden.*

Egal, wie die Umsetzung letztlich aussehen wird, es ist davon auszugehen, dass diese noch nicht der Weisheit letzter Schluss sein wird und Möglichkeiten, die entsprechenden Ge-

setze und Maßnahmen im weiteren Verlauf den Erkenntnissen und Erfordernissen rasch und möglichst unkompliziert anzupassen, sollten etabliert und entsprechend genutzt werden.



Photo by Swiss Hempcare from: swisshempcare.ch

Anbau in der Schweiz

Was ist ...

Cannabis

Die Cannabispflanze gehört zur Gattung der Hanfgewächse (Cannabaceae). Ihre Inhaltsstoffe haben eine Vielzahl von Wirkungen auf den menschlichen Körper. Während Cannabis häufig zur Rauscherzeugung konsumiert wird, hat die Medizin es auch als Heilmittel (wieder-)entdeckt.

THC und CBD Chemisch gesehen enthält die Cannabispflanze über 80 verschiedene Cannabinoide, von denen einige psychoaktive Wirkung besitzen. Das bekannteste davon ist das Tetrahydrocannabinol (THC). Ein weiteres wichtiges Cannabinoid ist das Cannabidiol (CBD). Je nach Pflanzensorte überwiegt mal die THC- und mal die CBD-Wirkung.

Marihuana (Gras, Weed, Pot): getrocknete Pflanzenteile – zumeist Blüten – der weiblichen Hanfpflanze. THC-Gehalt*: 7–11%, manche Treibhauszuchtungen 20% und mehr

Haschisch (Hasch, Shit, Dope, Piece): zu braunen, harten Platten gepresstes Harz weiblicher Hanfblüten. THC-Gehalt*: 11–19%, maximal 30%

Haschisch-Öl (Haschöl, THC-Öl): dickflüssiger Extrakt aus dem Harz weiblicher Hanfblüten. THC-Gehalt*: teilweise über 70%

* je nach Sorte, Anbaubedingungen und Extraktionsmethode

Quelle: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V.
<https://www.dhs.de/suechte/illegale-drogen/cannabis>

Herausforderungen, Lösungen und Höhepunkte prägten das Jahr

Für die Abteilung Arbeit und Rehabilitation war das Jahr 2022 von den Themen Corona, Belegung im Berufsbildungs- und Arbeitsbereich und den Vorbereitungen zur Umsetzung des BTHG geprägt.

Von Markus Hoffmann

Pandemie

Die Corona-Thematik stand Anfang des Jahres noch im Vordergrund und bot Anlass zu verschiedenen Videokonferenzen, in denen man sich z.B. über die einrichtungsbezogene Impfpflicht unterhielt. Später trat diese Thematik in den Hintergrund. Es wurde schließlich möglich, das als Provisorium für die AT-Betreuung forensischer Patient:innen eingerichtete Gewächshaus der Gärtnerei wieder der ursprünglichen Nutzung zuzuführen. Dass das Sommerfest der Werkstatt wieder gemeinsam mit der Forensischen Klinik durchgeführt werden konnte, war ebenfalls ein Zeichen für die Abschwächung der Pandemie.

Belegungssituation

Die seit Jahren nachlassende Belegung im Berufsbildungs- und Arbeitsbereich erfuhr dagegen eine Verschärfung, weil der Rückgang der belegten Plätze in 2022 besonders drastisch war.

Dazu kam erschwerend, dass auch die ambulanten Ergotherapieplätze aufgrund einer strengeren Auslegung der Anforderungen der Leistungsträger an die personellen Voraussetzungen drastisch reduziert werden mussten. Damit fiel ein wertvoller Baustein der beruflichen Förderung für einen großen Personenkreis weg.

Die Werkstatt unternahm Anstrengungen in viele Richtungen, um der nachlassenden Belegung entgegenzuwirken. So wurden Gespräche mit allen Leistungsträgern geführt, um zu erfahren, ob es auf Seiten der Leistungsträger eine selektive Belegungssteuerung in Richtung anderer Einrichtungen gibt. Diese Hypothese konnte widerlegt werden.

Die Attraktivität des Berufsbildungsbereichs sollte durch eine stärkere Konzentration und Zentralisierung der Angebote erhöht werden. Dafür wurde am rebuy

ein neuer Bildungsbereich geschaffen, an dem die Teilnehmenden der ersten neun Monate im Berufsbildungsbereich gemeinsam durch ihre Trainings- und Bildungsmodule geführt werden (Start-BBB).

Eine weitere Maßnahme, die zwar nicht direkt am Bereich A&R angesiedelt ist, die aber u.a. auch die Erhöhung der Belegung der Werkstatt im Blick hatte, war die Beteiligung am Projekt Berufliches Übergangsmanagement BÜM. Dieses von der Arkade-Pauline 13 in Kooperation mit dem ZfP getragene Projekt will die berufliche (Wieder-) Eingliederung akut psychisch kranker Menschen bereits während der stationären Behandlung unterstützen.

Die Zunahme der Belegung der Forensisch-psychiatrischen Klinik führte schließlich dazu, dass die nachlassende Belegung im Berufsbildungs- und Arbeitsbereich zumindest teilweise mit der vermehrten AT-Betreuung forensischer Fälle kompensiert werden konnte.

Umsetzung BTHG

In Vorbereitung der Umsetzung des BTHG wurden neue Leistungsvereinbarungen

formuliert und den Leistungsträgern zur Verfügung gestellt. In ersten Verhandlungsrunden wurden offene Fragen diskutiert und teils geklärt. Intern wurde die Basis dafür geschaffen, dass die Förderung der Teilnehmenden im Berufsbildungs- und Arbeitsbereich ICF-konform erfolgen kann. Ein ICF-konformer Katalog von Beschreibungskriterien wurde entwickelt, anhand dessen die systematische und zielgerichtete Förderung der Teilnehmenden geplant und gesteuert werden kann. Die Berichtsvorlage wurde ebenfalls ICF-konform angepasst und den Kolleg:innen zur Verfügung gestellt.

Sonstiges

Die Fertigstellung des Hochregallagers, die erfolgreiche Neuzertifizierung nach AZAV, der Beitritt der Abteilung zur Genossenschaft der Werkstätten GdW, die Beteiligung am Ravensburger Kunsthandwerkermarkt und der stimmungsvolle Adventsmarkt gegen Ende des Jahres bildeten weitere Höhepunkte der Arbeit im Jahr 2022.

Infobox

**ZfP Südwürttemberg
Arbeit & Rehabilitation
Weingartshofer Straße 2
88214 Ravensburg**

E-Mail: markus.hoffmann@zfp-zentrum.de

www.zfp-web.de

Anlaufstelle für Familien in Wohnungslosigkeit

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum führt zunehmend auch bei Familien zur Wohnungslosigkeit. Das erfolgreiche DORNAHOF Projekt „Help for Family“ bietet ein niederschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot für Familien in Wohnungsnot und sozialer Ausgrenzung. *Von Wiebke Hauptkorn*

Hilfen für Familien mit minderjährigen Kindern standen bislang nicht primär im Fokus der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII. In der Wohnungsnotfallhilfe treten jedoch auch immer mehr (werdende) Eltern und (Teil)Familien mit individuellen Hilfebedarfen in Erscheinung. Es zeigen sich verschiedenste schwierige familiäre Problemlagen in Verbindung mit Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit, mit entsprechend spezifischen und intensivem Beratungs- und Unterstützungsbedarf.

Erfolgreiche Bewerbung

Dies war für uns Anlass zur Bewerbung auf die Projektausschreibung des Förderaufrufs „Familien in Wohnungslosigkeit“ des Familienministeriums des Landes Baden-Württemberg. Kurzfristig zum 15. Dezember 2021 erhielten wir den Zuschlag zur Durchführung des Projekts mit einer Vollzeitstelle und einjähriger Projektlaufzeit. Mit dem Fokus auf das Wohl des Kindes/der Kinder wurden den (werdenden) Eltern niederschwellige Beratung und begleitende Unterstützung angeboten. Zentrale Beratungsthemen bilden die existenzsichernden Hilfen zur Wohnraum- und Einkommens-

sicherungs-, Umgang mit Behörden, Zugang zum Gesundheitssystem sowie weitergehende individuelle Hilfen und Fallclearing.

Die Familie stärken

Die Unterstützung knüpft dabei an die persönlichen Bedarfe der Eltern und Kinder an, mit dem Ziel, die Fa-



Bild: DORNAHOF

milien zu stärken, die Lebensumstände zu verbessern und zur Überwindung von Wohnungslosigkeit beizutragen. Das Projekt „Help for Family“ konnte innerhalb des 1. Projektjahrs insgesamt 27 Familien mit 31 minderjährigen Kindern unterstützen. Darunter waren drei schwangere Frauen vor und nach der Entbindung, Zweidrittel der Kinder waren unter sechs Jahre alt und ca. 40 % der Familien waren alleinerziehende Frauen. Diese Zahlen zeigen deutlich den

Bedarf und die Notwendigkeit dieses Angebots.

Die von uns betreuten Familien waren zumeist verdeckt wohnungslos, d.h. sie wurden in den in der Regel bei verschiedenen Verwandten und Bekannten in deren Wohnraum geduldet. Viele von ihnen hatten komplexe Hilfebedarfe. Erfreu-

Jugendamt geschaffen, einerseits um Bedarfe und Problemlagen wohnungsloser Familien zu thematisieren und andererseits (Fall) Kooperationen zu vereinfachen und Synergieeffekte zu schaffen. Zudem entstanden Kooperationen mit vielen weiteren Beratungsstellen und Einrichtungen sowie Nothilfeorganisationen.

Das Projekt „Help for Family“ wird unterstützt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat, und erhielt erfreulicherweise eine Anschlussförderung vom 01.03.2023 bis 31.05.2024 mit 80 % Stellenumfang.

lich war, dass im Projektzeitraum 2022 insgesamt sieben Familien durch oder mit unserer Unterstützung eine neue Wohnung finden konnten.

Erfolgreich konnten zudem familienbezogene Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen mit Behörden und anderen sozialen Diensten im Landkreis Ravensburg aufgebaut werden. Mit dem Blick auf das Kindeswohl wurde ein strukturierter Austausch mit dem

Infobox

DORNAHOF Ravensburg
Projekt „Help for Family“
Wiebke Hauptkorn
Tel: 0751/35962-24
E-Mail: helpforfamily@dornahof.de

www.dornahof.de

Ein außerordentliches Engagement

Betreutes Wohnen in Familien (BWF) ist ein geschichtsträchtiges Betreuungs- und Versorgungsangebot für Menschen mit Unterstützungsbedarf. *Von Dieter Weisser und Prof. Dr. Thomas Müller*

Das Konzept des Betreuten Wohnens in Familien (BWF) ist unter seinem ursprünglichen Namen als „Psychiatrische Familienpflege“ ein nicht allein in Europa seit Jahrhunderten bekanntes Versorgungsmodell für psychisch kranke Menschen. Nicht leibliche Familien versorgen gegen ein Entgelt in einem sozialpsychiatrisch mentorierten Rahmen Menschen, die hier in ungewöhnlich hohem Maß in ein „Wohn- und Versorgungskonzept“ einbezogen sind.

Eine lange Geschichte mit Unterbrechung

Bereits früh im 19. Jahrhundert gab es insbesondere in Deutschland, Belgien, Frankreich, Schottland, aber auch vielen anderen Regionen in Europa erste Befürworter

und Pioniere einer Psychiatrischen Familienpflege für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen. Leitidee war es, eine Ergänzung und Erweiterung zu der damals üblichen Unterbringung beeinträchtigter Menschen in sog. Heil- und/oder Pflegeanstalten zu schaffen. Sehr spannend in Zeiten des Augenmerks auf der Ambulanten Versorgung oder der Stationsäquivalenten Betreuung (StäB) psychisch kranker Menschen: In den 1860er Jahren nahm eine zugehörige Debatte besonders stark Fahrt auf, da einige der frühen psychiatrischen Vertreter dieser Versorgungsform in der Psychiatrischen Familienpflege sehr überzeugend sogar eine Alternative zur damals als „Anstalt“ bezeichneten klinischen Einrichtung sahen. Angedacht wurde in den verschiedenen europäischen Kontexten eine Aufnahme und Versorgung im häuslichen Umfeld bei unterschiedlichen Partner-Familien, die Mitarbeitende der Anstalten oder auch hiervon vollkommen unabhängig, damals häufig landwirtschaftlichen Betrieben angehörten, später auch arbeitnehmende Familien oder sog. Patchwork-Familien umfassten.

Die Zäsur der NS-Zeit ließ Wissen vergessen

Durch die Zäsur der menschenverachtenden Gesund-



Gastfamilientreffen 2023. Zwei der Familien werden für 20 Jahre als Gastfamilie / im BWF von Herrn Thomas Gössling, stellv. Amtsleiter des Sozial- und Inklusionsamts RV, und Herrn Dieter Weisser, BWF Team der Arkade e.V. geehrt.

heitspolitik der Nationalsozialisten, die die vermeintlich gesunde Bevölkerung von der vermeintlich kranken Bevölkerung streng trennen wollte, und in der viele hilfsbedürftige Menschen mit Behinderung nachfolgend auch ermordet wurden, geriet das Wissen zur Psychiatrischen Familienpflege nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in beiden Teilen Deutschlands, auch aus ideologischen Gründen, nach und nach in Vergessenheit. Interessanterweise ganz im Gegenteil zu Frankreich und Belgien, die sich während dieses Krieges ebenfalls in deutscher Einflussphäre befanden.

45 Jahre danach kam das Erwachen

Erst Mitte der 1980er Jahre wurde dieser Wohn- und Unterstützungsform in der BRD wieder Leben eingehaucht. Etwa zeitgleich in Bonn und

in größerem Umfang hier in Ravensburg entstanden die ersten Projekte, Menschen mit Handicap außerhalb der damaligen „Psychiatrischen Landeskrankenhäuser“ wieder in Gastfamilien gemeindenah zu versorgen und zu unterstützen.

Von diesen beiden Keimzellen aus hat sich diese Wohn- und Betreuungsform als eine Leistung der Eingliederungshilfe in über einem Dutzend Bundesländern Deutschlands, wenn auch nicht flächendeckend, ausgebreitet. Seit Mitte der 1990er Jahre haben sich Bezeichnungen wie Betreutes Wohnen in Familien, Leben in Gastfamilien oder Begleitetes Wohnen in Gastfamilien etabliert. Die große Mehrzahl der Leistungsträger und Leistungserbringer, die diese Wohnform fördern, befinden sich bis dato im Westen und Sü-

Infobox

Arkade e. V.
Gartenstraße 3
88212 Ravensburg

Tel: 0751 / 36655-0
Fax: 751 / 36655-79
E-Mail: info@arkade-ev.de

den der Republik. Gerade die Aufgeschlossenheit und Neugierde von Entscheidungsträgern gegenüber dieser außergewöhnlichen Wohnform, in der medizinische Laien eine gewichtige Rolle spielen, ist für ein gutes Gelingen unbedingte Voraussetzung. Im gleichen Maße wichtig ist die Mitwirkung eines Fachdienstes bei der Gastfamilienakquise, sowie dem Vermittlungsprozess und der zuverlässigen Begleitung und Unterstützung von Gastfamilien und BewohnerInnen.

Gastfamilien finden

Heute kann der Fachdienst der Arkade e.V. vorrangig im Landkreis Ravensburg, im Bodenseekreis und dem Landkreis Sigmaringen Betreutes Wohnen in Familien anbieten. Aktuell leben ca. 80 Menschen mit Unterstützungsbedarf in Gastfamilien, Lebensgemeinschaften oder bei Einzelpersonen. Die aktuelle Herausforderung für alle Leistungserbringer in der BRD ist es, weitere Gastfamilien zu finden. Die Anzahl der Interessierten, die sich 2022 für ein Leben in einer Gastfamilie interessierten und an die Arkade wendeten, lag bei etwa 30 Personen.

Für Jahre bis Jahrzehnte

Für die Aufnahme in eine Gastfamilie sind viele Faktoren von Bedeutung. Die Bedürfnisse und Wünsche der Interessenten sollten mit den Gegebenheiten und Möglichkeiten der Gastfamilien eine möglichst große Schnittmenge abbilden. Dann kann ein konstruktives und für beide Seiten bereicherndes Zusammenleben entstehen. BWF ist eine Wohnform, in der sowohl eine individuelle Unterstützung als auch eine sehr hohe Konstanz und Qualität langjähriger zwischenmenschlicher Beziehungen möglich sind. Nicht selten leben BewohnerInnen und

Gastfamilien über viele Jahre, sogar Jahrzehnte zusammen. Leserinnen und Leser können sich bei Fragen gerne an das zugehörige Fachteam der Arkade e.V. wenden!

Einmal im Jahr organisiert das BWF-Team darüber hinaus einen Gastfamilientag, an dem sich alle Gastfamilien untereinander kennenlernen können und Erfahrungen gemeinsam austauschen können. Unter anderem werden an diesem Tag langjährig tätige Gastfamilien für ihr außergewöhnliches bürgerschaftliches Engagement geehrt, worauf sich der Bildbeitrag bezieht.

Mit Energie in die Zukunft blicken

IPERA wurde schwer von der Corona-Pandemie getroffen. Gerade psychisch beeinträchtigte Menschen machte das Einfrieren der sozialen Welt schwer zu schaffen. Doch die Zuversicht bleibt im Verein.



Wir erreichen die Vorsitzende des Vereins IPERA, Christina Erdmann, am Telefon. Sie ist gerade in Konstanz unterwegs, das Wetter ist gut, und sie ist gut aufgelegt.

Was war los in 2022, wollten wir wissen? Ein schwieriges

Jahr, meint sie. Sie habe das Gefühl, dass die Pandemie so vieles – auch im Nachhinein – gelähmt habe. Auch bei ihr selbst. Sie brauche mehr Kraft um sich aufzurappeln. Und sie bemerke, dass es bei den Vereinsmitglieder:innen ähnlich geht. Die Bereit-

schaft zum Ehrenamt – wie z.B. die Mitarbeit im Vorstand – nähme ab.

Auch plötzliche Brüche würden die Arbeit erschweren. Ein Kandidat für den Vorstand sagte nicht nur ab, sondern verließ den Verein, ja den ganzen Kontext, weil er sich anders orientieren wolle im Leben. Oder: Das Büro in der Eisenbahnstrasse wurde vom Vermieter gekündigt.

Doch zum Glück konnte im Gebäude der Arkade (Gartenstrasse) Unterschlupf gefunden werden. Eigentlich, so Erdmann, sei sie im Grunde ganz glücklich über den Rausschmiss und neuen Standort: er sei zentraler

und auch attraktiver, so dass sie glaubt, das werde sich positiv auf die Treffen auswirken können. Der Umzug habe eine gewisse Impulskraft in ihr geweckt, so dass sie zuversichtlich und mit Energie in die Zukunft blickt.

Infobox

IPERA e.V.

**Spendenkonto
Kreissparkasse
Ravensburg**

**BIC: SOLADES1RVB
IBAN: DE 85 6505
0110 0101 1376 38**

Es geht voran

Die Fachbereiche der BruderhausDiakonie hatten in 2022 alle Hände voll zu tun mit Bauvorhaben und Umzug der WfbM. Und das Wiedereröffnen von Café Bezner war ebenso Grund zur Freude. *Von Simone Windbühler*

Im Jahresbericht 2021 hatten wir vom Neubau des Fachpflegeheims und dessen Erweiterung um zehn fakultativ geschlossene Plätze am Riesenhof und dem anstehenden Umzug der Werkstatt für behinderte Menschen in Wangen berichtet. Beide Projekte beschäftigten uns auch 2022.



Der Umzug des Fachpflegeheims wird im ersten Quartal 2024 erfolgen, ebenso die Belegung der neu geschaffenen zehn fakultativ geschlossenen Plätze. Die Nachfrage des neuen Leistungsangebots für Menschen, die zeitweise ein räumlich geschlossenes Setting benötigen, ist bereits während der Bauphase groß. Dieser Umstand bestätigt, dass die Schließung dieser Versorgungslücke innerhalb der Landkreise Ravensburg und Bodenseekreis folgerichtig und eine sehr wichtige Entscheidung im Sinne der Betroffenen ist.

Mitmachen bei der Landesgartenschau

Der Neubau am Standort Riesenhof schreitet in großen Schritten voran und verläuft planmäßig, das Jahr 2022 kann mit der Überschrift „Großflächige Bauarbeiten am Riesenhof“ überschrieben werden.

Im August 2022 erfolgte der Umzug der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) innerhalb des Standorts Wangen runter vom Atzenberg in die „Neue Spinnerei“ auf dem Gelände des ERBA-Areals. Sowohl die sanierten Räumlichkeiten als auch Lage und Quartierskonzept sind äußerst attraktiv. Der neu entstandene Stadtteil, welcher ein Mischgebiet aus Wohnen, Gewerbe, Vereinsleben, Freizeit und Kultur ist, bietet WfbM-Beschäftigten neben der Teilhabe am Arbeitsleben zahlreiche weitere Möglichkeiten der Integration in das gesellschaftliche Leben. Sichtbar wird dieser Mehrwert auch bei der Landesgartenschau werden, welche auf dem Gelän-



Ein zukünftiger Blick auf das ERBA-Areal in Wangen



Café Bezner

de stattfinden wird und von April bis September 2024 ihre Tore öffnet. Hier wird sich die WfbM sowie die Tagesstruktur und der Wohnbereich zusammen mit weiteren sozialen Trägern des Areals an Aktionen beteiligen.

Café Bezner

Nach der zwangsweisen Corona-Pause konnte auch das Café Bezner in der Holbeinstraße in Ravensburg im April 2022 wieder öffnen. Wie vor

Corona auch, wird ein öffentlicher Mittagstisch angeboten, welcher gut besucht ist. Auch der Cafébetrieb erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Zudem finden im Café Bezner in regelmäßigen Abständen öffentliche Veranstaltungen statt. So gab es wieder verschiedene Konzerte, ein Quartiersfrühstück sowie Spielenachmittage und -abende für Klein und Groß. Wir freuen uns sehr, dass das Café nun wieder mit Leben gefüllt ist!

Infobox

BruderhausDiakonie
Bodensee-Oberschwaben
Riesen 1
88213 Ravensburg

Tel: 0751 - 7904 0
E-Mail: sph.rv-fn@bruderhausdiakonie.de

www.bruderhausdiakonie.de



Aus meiner Perspektive

Wie man von sozialpsychiatrischen Angeboten profitieren, Gefahren begegnen und sich selbst mit einbringen kann. Eine Bilanz des Vorsitzenden des Bewohnerbeirats der besonderen Wohnform der Anode. *Von Jörg Pietsch*

Bundesteilhabegesetz

In meiner Wahrnehmung ist das Bewusstsein für das Wunsch- und Wahlrecht und das Selbstbestimmungsrecht bei den Klient:innen der Anode gegenwärtig. Für mich stellt das manchmal einen Widerspruch zur Mitwirkungspflicht der Einzelnen dar.

Die Suchterkrankung

Nach meiner Erfahrung zeigt der sichere Rahmen des Angebotes wie z. B. der Tagesstruktur, dass man davon profitieren kann. Allerdings tritt das gewohnte Verhalten außerhalb sehr schnell in den Vordergrund; der gewohnte Weg des geringsten Widerstandes. Das Anknüpfen gegen die Sucht kostet sehr viel innere Kraft. Die Nähe zu Suchtmitteln im Alltag (Supermarkt, Feste und „Sze-

ne“ etc.) macht die Abstinenz sehr schwer.

Es geht eigentlich darum, Selbstverantwortung für sich selbst zu übernehmen. Es fällt mir nicht leicht, mitzuerleben, wie schwer sich meine Mitbewohner:innen damit tun. Hier muss ich mich selbst schützen.

Mittlerweile kann ich solche Belastungssituationen gegenüber dem Anode-Team äußern. Für mich bietet die Anode einen geschützten Rahmen und auch Sicherheit. Leider schaffen es nicht alle, sich an die Spielregeln zu halten.

Wohin geht deren Reise?

Das beschäftigt mich. Die Menschen, die zu uns kommen, sind inzwischen schwerer (psychisch) krank. Das Gefühl für eine gesunde Lebensweise ging verloren. Das

Konsumverhalten hat sich verändert in Richtung Mischkonsum und dadurch einem erheblich schädigenden Konsum.

Ich erlebe die Schwierigkeiten, einen rückfälligen Menschen gegen dessen Willen einer Entgiftungsbehandlung zuzuführen. Was macht das aber mit uns, die die Konsequenzen mittragen (müssen)? Wie gefährlich sind solche Situationen aber auch für den betroffenen Menschen?

Eine Rückfälligkeit macht mich traurig und zugleich auch sauer.

Die Anode

Die Auslagerung der Tagesstruktur aus unserem Wohngebäude (Vorgaben der Heimaufsicht) macht es dem einen oder anderen schwer, daran teilzunehmen.

Ich habe durch die Anode Aufgaben, ich engagiere mich auch im Frühstückstreff der Selbsthilfegruppe Kreuzbund in Ravensburg. Durch meine siebenjährige zufriedene Abstinenz hatte ich letztes Jahr im Mai das Vergnügen, meinen ersten Enkel kennenzulernen. Ohne meine konsequente Abstinenz wäre das nicht möglich gewesen ...

Infobox

ZfP Südwürttemberg
Anode
Eisenbahnstr. 43,
88212 Ravensburg
Tel: 0751 36 25 73-0

<https://www.zfp-web.de/fachgebiete/wohnen/ravensburg-anode/stationaer-betreutes-wohnen/>



Der Austausch schafft Kraft

Der Hilfebedarf für Angehörige ist sehr hoch. Gut, dass es im Landkreis monatlich Gruppenabende gibt mit persönlichem Austausch, Vorträgen von Referenten und und noch mehr.

Nach der Corona-Welle werden wieder monatlich Gruppenabende mit Angehörigen von psychisch Kranken angeboten.

Die Leitung der Gruppe hat zwischenzeitlich gewechselt, an den Veranstaltungsterminen hat sich nichts geändert.

Die Teilnehmerzahl hat sich nicht wieder auf Vor-Corona-Niveau eingependelt, obwohl sich die Zahl der Erkrankten durch die kontaktarme Zeit erhöht hat. Dennoch kommen neue Angehörige hinzu, die sich Tipps holen und Ratschläge.

Ein Beispiel

In einem Fall wird von einem jungen Student berichtet, der eine Psychose bekommen hat und das Studium durch die langen Krankenhausaufenthalte abbrechen musste. Was gibt es für Möglichkeiten, um eine Ausbildung zu machen und gesundheitlich wieder stabil zu werden?

Die Beratung durch die erfahrenen Gruppenmitglieder ist gut und breit gefächert. Auch ist immer eine Sozialarbeiterin bzw. Sozialarbei-

ter der Arkade e.V. dabei, welche/r sich in die Beratung fachkundig einbringt.

Wie sich dann das Weiterleben mit dem psychisch kranken Familienmitglied gestaltet, kann man abschließend nicht sagen, da die neuen Angehörigen meist nach wenigen Sitzungen nicht mehr kommen. Das ist sehr schade.

Wie bisher kommen aus dem Stadtgebiet kaum Angehörige, sondern immer nur vom Umland. Manche scheuen sich nicht, eine längere Fahrzeit in Kauf zu nehmen.

Warum die Absage?

Was alle Angehörigen nicht nachvollziehen können, ist, dass der geplante Krisendienst aus finanziellen Gründen abgesagt wurde. Einen solchen Krisendienst gibt es

in anderen Bundesländern und Großstädten und dort erhalten Menschen in seelischen Krisen, Mitbetroffene und Angehörige sofortige qualifizierte Beratung und Unterstützung. Dazu wird eine Art „Notfalltelefonnummer“ ausgegeben. Dieser Kontakt wäre wirklich hilfreich, da die Erkrankung sich nicht von Gebietsgrenzen aufhalten lässt.

Es geht weiter

In den Gruppenberatungen werden auch wieder Vorträge und Informationsabende von auswärtigen Referenten angeboten. Diese Termine erfahren Sie aus dem Internet (siehe Infobox links) Um rege Teilnahme wird gebeten.

Infobox

- Austausch
- Beratung
- Fachärztliche Anschriften

Treffen jeden 1. Montag im
Monat 19:30 – 22:00 Uhr
Arkade e.V.
Gartenstraße 3
88212 Ravensburg
www.arkade-ev/
angehoerigengruppe

Wieder mehr zu tun

Die Fallzahlen waren im ersten Halbjahr 2022 noch gering, haben sich dann aber im zweiten Halbjahr 2022 deutlich erhöht. Auszüge aus dem Jahresbericht IBB-Stelle/Patientenfürsprechende. *Von Klaus Göppert*

Das Team der IBB-Stelle setzt sich aus Betroffenen, Angehörigen, den Patientenfürsprechenden sowie Mitarbeitenden der gemeindepsychiatrischen Träger zusammen. Außerdem wirkte schon immer eine Vertretung des örtlichen Betreuungsverins in der Gruppe mit.

Wie in den Vorjahren konnte auch im Jahr 2022 ein Vertreter der Ärzteschaft des ZfP-Südwestfalen für die Mitarbeit in der IBB gewonnen werden. Insgesamt arbeiteten in der IBB-Stelle im Jahr 2022 mit den Patientenfürsprechenden 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Mitglieder der IBB-Stelle haben sich im Jahr 2022 fünfmal getroffen. Bei zwei Besprechungen ging es um organisatorische Themen. In drei Treffen wurden die Vorgehensweise bei komplexen Fällen gemeinsam festgelegt.

Arbeiten im Netzwerk

Im Mai 2022 hat sich die IBB-Stelle an den Inklusionstagen des Landkreises Ravensburg beteiligt. Ein Patientenfürsprecher sowie Vertreterinnen bzw. Vertreter von Psychatrierfahrenen und Angehörige von psychisch Kranken repräsentierten die IBB-Stelle in GPV-Sitzungen. Ein Mitglied der IBB nahm am landesweiten Erfahrungsaustausch der IBB-Stellen teil. Dieses Gre-

mium tagte zweimal in 2022.

47 Fälle, 18 Beschwerden

Die IBB-Stelle und die Patientenfürsprechenden haben im Jahr 2022 insgesamt 47 Fälle bearbeitet. Dabei ging es um 18 Beschwerden und 29 Beratungen oder Informationen. Die Beschwerden bezogen sich beispielsweise auf freiheitsentziehende Maßnahmen, die Medikation und Probleme mit gesetzlichen Betreuungen. Adressaten der Beschwerden waren beispielsweise das ZfP (Stationen, Wohnbereich), Werkstätten für Behinderte Menschen, gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer sowie niedergelassene Psychiater.

Statistisches

Überwiegend wandten sich Betroffene (39) an die IBB-Stelle bzw. die Patientenfürsprechenden. In acht Fällen kamen die Anfragen über Angehörige von psychisch Erkrankten. Ein weiterer Fall erreichte die IBB-Stelle über das Landratsamt. Von 47 Fällen entfielen 22 auf Frauen und 23 auf Männer. Bei zwei Fällen lagen keine Angaben über das Geschlecht vor. Etwa die Hälfte der Klientinnen und Klienten war unter 50 Jahre alt.

Nicht immer leicht

Bei einigen Beschwerden, beispielsweise über Zwangs-

einweisungen oder beim persönlichen Umgang zwischen Klinik-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern einerseits und Betroffenen andererseits, war es schwierig, eine für die Beschwerdeführenden zufriedenstellende Lösung zu finden. Manche Klientinnen oder Klienten hatten unrealistische Forderungen oder lehnten von den Beratenden für notwendig erachtete Hilfsangebote, beispielsweise eine gesetzliche Betreuung, ab. In einigen Fällen konnten die Beschwerden der Klientinnen oder Klienten nicht nachvollzogen werden.

Positives Fazit

Insgesamt sind die Beratenden der IBB-Stelle aufgrund vieler positiver Rückmeldungen davon überzeugt, dass durch Gespräche und Beratungen sowie durch Weiterleitung an weiterführende Hilfseinrichtungen die Klientinnen und Klienten gut unterstützt werden konnten.

Als vorteilhaft, insbesondere für die Bearbeitung schwieriger Fälle, hat sich die triadische Besetzung der IBB-Beratungsstelle im Landkreis Ravensburg erwiesen.

Ausblick auf 2023

Im Jahr 2023 möchte die IBB-Stelle mit den Patientenfürsprechenden noch inten-



siver über die Hilfsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Angehörige informieren. Außerdem wird die vom Sozialministerium Baden-Württemberg erlassene neue Verwaltungsvorschrift für die IBB-Stellen umgesetzt. Sie gilt seit dem 01.01.2023 und hat unter anderem die Lotenfunktion der IBB-Stelle konkretisiert.

Infobox

Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle (IBB)

Tel: 0751/85909959

**E-Mail: kontakt@
ibb-ravensburg.de**

**Patientenfürsprechende:
patientenfuesprechende@
ibb-ravensburg.de
Tel. 0751/76012709**



Unterstützung auf dem Weg in Arbeit

Die Unterstützte Beschäftigung der Arkade-Pauline 13 hilft Arbeitssuchenden mit Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, ihre persönliche und berufliche Perspektiven zu klären und bietet Unterstützung. *Von Julia Hauptenthal*

Arbeit ist existenziell wichtig, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Doch nicht nur das, denn die Bedeutung von Arbeit geht weit darüber hinaus. Arbeit ermöglicht Teilhabe. Arbeit bietet Struktur. Arbeit bedeutet soziale Kontakte und Anerkennung. Arbeit ist sinnstiftend. Zudem hat Arbeit einen rehabilitativen und präventiven Charakter. Die Inklusion und Teilhabe am Arbeitsleben ist somit besonders für Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf, mit einer

psychischen Erkrankung als auch kognitiven Auffälligkeiten von besonderer Bedeutung.

Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt

Die Kosten für die Maßnahme Unterstützte Beschäftigung werden von der Agentur für Arbeit und Deutschen Rentenversicherung getragen. Das Angebot richtet sich an Menschen in beruflicher Rehabilitation. Die Voraussetzung ist ein bewilligter Antrag für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.

Während der Maßnahme werden die Teilnehmenden individuell qualifiziert, eingearbeitet und begleitet. Die Beratung wird in Form von Einzelcoachings und wöchentlich stattfindenden Projekttagen und Gruppenangeboten umgesetzt.

Das Ziel der Maßnahme ist die Vermittlung in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Dies

wird über die Erprobung und Stabilisierung in diversen Orientierungs- und Qualifizierungspraktika auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt realisiert. Ein Vorteil dieses Rahmens ist, dass sowohl die Arbeitgebenden als auch die Teilnehmenden sich kennenlernen und die Eignung innerhalb des Praktikums feststellen können und somit der passende Arbeitsplatz für die Teilnehmenden gefunden werden kann.

Alle Arbeitsverhältnisse von Personen mit einem Schwerbehindertenstatus werden nach einer erfolgreichen Vermittlung in Arbeit durch den Integrationsfachdienst Bodensee-Oberschwaben gesichert. Eine Übergabe wird rechtzeitig auf den Weg gebracht.

Im letzten Jahr haben im Landkreis Ravensburg 60 Personen an der Unterstützten Beschäftigung teilgenommen. Insgesamt wurden von den Teilnehmenden 145 Praktika absolviert. Besonders erfreulich

ist die Vermittlungsquote von 78,5%. Dieses gute Ergebnis konnte nur durch die hervorragende Zusammenarbeit mit den Leistungsträgern, dem Integrationsfachdienst und den Arbeitgebenden erreicht werden. Die Verweildauer der Teilnehmenden betrug durchschnittlich 8,9 Monate.

Infobox

Ansprechpartnerin:

Maria Torresin

Tel: 0751 / 366 30 - 37

E-Mail: maria.torresin@arkade-pauline.de

Weitere Informationen:

<https://berufsbegleitendendienste.de/unterstuetzte-beschaeftigung/>



Aufatmen, Feiern und Anpacken

Für das Stephanuswerk Isny war es ein Jahr mit Festen und schönen Aktivitäten, mit baulichen und gestalterischen Veränderungen auf dem Gelände und der Arbeit an der Umsetzung des BTHG. *Von Kathrin Welther und Peter Denzl*

Unter allen Bewohnerinnen und Bewohnern, den Beschäftigten der WfbM und den Mitarbeitenden des Stephanuswerk Isny war die Erleichterung groß, dass wir wieder gemeinsam feiern konnten. Neben einem sonnigen Werkstatt-Grillfest fand auch ein Sommerfest des Lions Club Leutkirch statt.

Besondere Weihnachtsfeiern

Die Weihnachtsfeiern für Beschäftigte und Bewohnerinnen und Bewohner waren abwechslungsreich gestaltet und die Hauswirtschaft hat alle mit leckeren Gerichten versorgt. Musikalische Unterhaltung mit Alphörnern gab es dabei von dem Alphorn Trio „Langdinger“ aus Leutkirch und zwei unserer Bewohner spielten auf dem Horn und am Klavier Weihnachtslieder. Die Zumba-Gruppe der WfbM zeigte ihr Können und animierte die Anwesenden zum Mittanzen.

Jetzt auch elektrisch

Unsere Fahrzeug-Flotte wurde modernisiert und durch einen PKW mit Elektroantrieb ergänzt. Damit ist nun auch im Stephanuswerk Isny ein erstes Fahrzeug vollelektronisch unterwegs und der Technische Dienst kann mit einem neuen Traktor ans Werk und die Außenanlagen pflegen.

Viele Verbesserungen

Der Bereich Werkstatt Transfer ist in neue Räumlichkeiten umgezogen. Diese wurden so geplant und gestaltet, dass sie für die Bedürfnisse der Beschäftigten optimal ausgestattet sind. Neben zwei Ruheräumen gibt es ein Pflegebad und die Raumgestaltung erlaubt ein Miteinander in ruhiger Atmosphäre. Auch für die Förder- und Betreuungsgruppe der WfbM wurden neue Räumlichkeiten zur Erweiterung des Angebotes geschaffen. Im Bereich des Bildungszentrums wurden die Brandschutzmaßnah-

men angepasst und mehrere Fluchttreppen an die Gebäude angebracht.

Leider ist insbesondere der Bereich Wohnen von einer angespannten Personalsituation betroffen.

BTHG - im Plan

Für das Leistungsangebot AWS (Assistenzleistungen im eigenen Wohnraum sowie im Sozialraum) wurden die BTHG Verhandlungen abgeschlossen. Seit Oktober 2022 bieten wir jetzt AWS an und erfreuen uns in diesem Bereich einer zunehmenden Nachfrage. Das Angebot des AWS löst unser bisheriges Angebot ABW ab und bietet weitgehend dieselben Unterstützungsmöglichkeiten.

Die neue BTHG Leistungssystematik für die Besondere Wohnform wurde ausgearbeitet. Wir haben Ende 2022 fristgerecht für alle Leistungen des Stephanuswerk Isny zu den Verhandlungen aufgerufen.

Auch auf dem Gelände des Stephanuswerk gab es im Jahr 2022 keinen Stillstand. Wir konnten über mehrere Tage beobachten, wie unser Campus von Landschaftsgärtnern umgestaltet und neu begrünt worden ist. Unser Technischer Dienst hat ebenfalls ganze Arbeit geleistet und verteilt auf dem Gelände des Stephanuswerk Isny 1650 Tulpen, Narzissen und Krokusse gepflanzt. Die farbige Pracht ist zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses für diesen Bericht zu bewundern und wird uns auch in den kommenden Jahren erfreuen.

Infobox

Evangelische Heimstiftung GmbH, Stephanuswerk Isny, Maierhöfener Straße 56, 88316 Isny

Tel: 0 75 62 / 74-0
www.stephanuswerk-isny.de

Tel: 0751 / 76012709
www.kaffeebohne.shop

Der Weg zur bestmöglichen Welt

Das Dialog Forum ermöglicht den Austausch zwischen Menschen mit psychischen Erkrankungen, ihren Angehörigen und Fachleuten. Die Initiator:innen möchten mit dem Jahresprogramm Impulse setzen. *Von Nicole Martin*

Bereits seit Anfang 2022 ist Rainer Deschler – pensionierter Seelsorger und Musiktherapeut im ZfP Weißenau – Moderator und zugleich Initiator des Dialog Forums in Ravensburg. Er übernahm das Amt von Sonja Grauberger.

Rainer Deschler war 30 Jahre lang Klinikseelsorger im ZfP Weißenau und praktizierte ebenfalls als Musiktherapeut vor Ort. Sein Ruhestand sollte ihm nicht lange gewährt bleiben. Bereits ein Jahr später übernahm er das Amt im Dialog Forum und auch das ZfP ließ nicht locker – seit diesem Jahr bietet Rainer Deschler wieder zweimal wöchentlich Musiktherapie im bereits gewohnten Umfeld an.

Wieder neue Freiheiten

Das Amt im Dialog Forum übernahm er zu Zeiten, in denen wir uns coronabedingt erstmals wieder an die neu

errungene Freiheit herantasten durften. Unter Auflagen (akribisch geführte Teilnehmer:innenlisten und Vorlage von negativen Corona-Schnelltests) konnten alle Termine im dialogischen Austausch stattfinden.

Das Zitat „Wir haben keine andere Welt als die, die wir gemeinsam miteinander hervorbringen“ des Anthropologen Humberto Maturana bringt dabei genau auf den Punkt, worum es beim Dialog Forum geht – ein Austausch/Diskurs auf Augenhöhe zwi-

schen Menschen, die selbst von einer psychischen Erkrankung betroffen sind; Angehörigen, die dadurch unmittelbar ebenso betroffen sind und helfen wollen; sowie professionellen/ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen im Rahmen des psychiatrischen Umfeldes.



**Psychiatrieerfahrene,
Professionelle,
Angehörige und
BürgerhelferInnen
im Gespräch**

**Dienstags, 18 - 20 Uhr in der Kulturwerkstatt des GPZ Ravensburg,
Reichlestraße 4, 88212 Ravensburg, Telefon 0751 25577**

Programm 2023

Die folgenden Themen können durch aktuell gewünschte sowie kurzfristig geplante Themen ergänzt werden.

- 10.01. **Offener Abend**
Bringen Sie Ihr Thema, Ihre Fragen mit.
- 14.02. **Ernährung und psychische Dünnhäutigkeit**
Richtige Ernährung. Ernährung und Kommunikation. Medikamente und Gewichtszunahme.
- 14.03. **Hilfesysteme aus der Perspektive von Betroffenen, Angehörigen und Professionellen**
Überschaubar? Durchschaubar? Wie miteinander klar kommen?
- 11.04. **Selbsthilfe**
Wie kann eine Selbsthilfegruppe helfen? Chancen und Risiken bei der Nutzung des Internets – Aufklärung, Kontakt, soziale Blase.
- 09.05. **Offener Abend**
Bringen Sie Ihr Thema, Ihre Fragen mit.
- 13.06. **Der Klimawandel – Krise, Angst, Herausforderung**
- 11.07. **Reform des Betreuungsrechts**
Was ändert sich für Betroffene? Werden Wünsche wahr?
- 12.09. **Offener Abend**
Bringen Sie Ihr Thema, Ihre Fragen mit.
- 10.10. **Wahn-Erleben**
Wahn und Sprache. Wahn und Spiritualität. Innenwahrnehmung und Außenwahrnehmung
- 14.11. **Resilienz erleben. Wie bleibe ich im Gleichgewicht mit mir? Wie kann Gutes und Böses ins Gleichgewicht kommen und im Gleichgewicht bleiben?**
- 12.12. **Stigmatisierung und Entstigmatisierung. Peer-Beratung**
Ex-In-BeraterIn und immer noch PatientIn. „Psychisch krank“ im Spiegel öffentlicher Wahrnehmung (Presse, Film) sowie als persönliche Erfahrung.

Infobox

Dialog-Forum
Ravensburg

Tel: 0751 / 25577

E-Mail: rainer.deschler@outlook.de

<https://www.gpv-rv.de/gemeindepsychiatrischer-verbund-gpv/dialog-forum-ravensburg.html>



Foto: Made Höld

Verständis für andere Perspektiven

Ziel ist es, ein Verständnis für die jeweiligen Perspektiven und Erfahrungen auf- bzw. auszubauen, um somit wiederum neue oder bereits vorhandene Hilfslinien auf unterschiedlichsten Ebenen zu entdecken, die sinn- gemäß nach Maturana „eine bestmögliche Welt miteinander hervorbringen lassen“.

Durch thematische Impulse – anders soll das Jahresprogramm im Übrigen nicht verstanden werden – soll der Austausch zu bestimmten Themen angeregt werden. Entweder veranlassen aktuelle politische und/oder gesellschaftliche Entwicklungen hierzu oder auch persönliche Bedürfnisse der Teilnehmenden. Zudem wird immer wieder gerne auf Input von Referent:innen zurückgegriffen, die Rainer

Deschler zu bestimmten Themen oder Fragestellungen in das Trialog Forum einlädt.

Offene Abende

NEU ist die Einführung von „Offenen Abenden“, welche ungefähr zwei- bis dreimal im Jahr und vollständig autark – sich einfach selbst genügend – stattfinden. Auch diese Form des Austausches wurde seitdem sehr gut angenommen und etablierte sich bereits im fortfolgenden Jahresprogramm.

Sind Sie selbst Betroffene/r einer psychischen Erkrankung? Sind Sie selbst ein/e Angehörig/e auf familiärer/freundschaftlicher Ebene

oder Mitarbeiter:in im psychiatrischen Umfeld? Finden Sie es spannend, sich trialogisch über bestimmte Themen auszutauschen und neues Wissen, neue Perspektiven und neue Erfahrungen zu sammeln? Dann sind Sie herzlich dazu eingeladen, in der Regel am zweiten Dienstag im Monat (außer August) das Trialog Forum in der Kulturwerkstatt (im EG – ggü. Eingang) des GPV Ravensburg in der Reichlestraße 4 mit Ihrer Anwesenheit zu bereichern! Falls Sie vorab noch Fragen haben, können Sie sich gerne an Herrn Deschler selbst wenden. Die Kontaktdaten können Sie dem beige-fügten Jahresprogramm entnehmen.

EUTB: Geschafft

Geschafft! Aus der Projektfinanzierung der EUTB wurde eine Regelfinanzierung in Trägerschaft der Arkade e.V.

Aller Anfang ist bekanntlich schwer. Mit dem Start der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) am 1. Juli 2018 wusste keiner so genau, welche Aufgaben und Erfahrungen uns bevorstehen.

Zunächst als Projekt finanziert, gab es viele Herausforderungen zu meistern. Die Größte war es, das völlig neue Beratungsangebot für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen bei den Ratsuchenden sowie bei dem professionellen Hilfesystem bekannt zu machen.

Auch bezüglich der nachgefragten Beratungsthemen

mussten erst viele Erfahrungen gesammelt werden. Das ausgegebene Motto „Eine für Alle“ der Bundesregierung spiegelt den hohen Anspruch wider, dass die EUTB's zu allen Behinderungsarten sowie zu allen Fragen rund um die Themen Behinderung, Teilhabe und Rehabilitation beraten sollen. Unsere Berater*innen mussten deshalb ein sehr „breites“ sozialrechtliches Fachwissen aufbauen.

Idealvorstellung war zudem, dass die BeraterInnen neben ihrer Fachlichkeit selbst von einer Behinderung Betroffene sein sollten.

Wir haben in den vergangenen 5 Jahren viel Erfahrung

mit dieser speziellen Teamzusammenstellung gemacht. Unser Fazit: Die Mischung macht's! Wir brauchen sowohl die Skills rechtlich sehr gut bewandelter Sozialarbeiter als auch die „Augenhöhe“ eigener Erfahrungen. Das schafft Vertrauen.

Dass wir mittlerweile in der Beratungslandschaft gut angekommen sind, kann man unter anderem auch daran sehen, dass die Fallzahlen weiter kontinuierlich steigen. Viele Fachstellen verweisen auf uns, Beratene kommen wieder oder empfehlen uns weiter - unser größtes Lob.

Seit dem 01.01.2023 ist die EUTB Ravensburg-Sigmarin-

gen nun für 7 Jahre regelfinanziert. Zum aktiven Berteam gehören u.a. aktuell Uschi Grieser-Röhl (Teamleitung), Bastian Angele und Oliver Straub.

Infobox

Schubertstraße 1
88214 Ravensburg
Baden-Württemberg

Tel: 0751 / 99923970
E-Mail: info@eutb-rv-sig.de

<http://www.eutb-rv-sig.de>

arkade



bruderhaus **DIAKONIE**

Stiftung Gustav Werner und Haus am Berg

Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle im Landkreis Ravensburg



Südwürttemberg



Impressum

Herausgeber: Trägergemeinschaft GPV Landkreis Ravensburg
Weingartshoferstraße 2, 88214 Ravensburg
Weitere Informationen unter www.gpv-rv.de

Redaktionsteam:

Baum, Manfred (BruderhausDiakonie)
Borbé, Raoul (ZfP Südwürttemberg)
Gottlob, Melanie (ZfP Südwürttemberg)
Hollacher, Andreas (Landratsamt RV)
Höninger, Heinz Jürgen
Steinert, Tilman (ZfP Südwürttemberg)
Ullrich, Andreas (Arkade e.V.)

Produktion: authentic.info GmbH

Veröffentlichung: Juni 2023